

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/139

Bad Godesberg, den 25. Juli 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

RUMÄNIEN

34

Nach der Rede Ceausescus in Bukarest

2 " ... wenn auch meine Partei andere Züge bekommt!" 34

Ein Wort des Seniors der deutschen Parlamentarier

3 Neue Wege zur Hochschulreife 45

Hessenkollegs und Sonderklassen an Gymnasien

Beispiele für andere Bundesländer

4 Auch in der CSFR kämpfen Frauen um Gleichberechtigung 45

Tschechoslowakischer Frauenverband neu gegründet

Von Igor Valentin, Prag

SELBSTBESTIMMUNG UND BINGLIEDERUNG bringt heute:

Helmut Schmidt stellt richtig
Unsachliche Polemik gegen Bundesminister Wehner
Die Mauer als Mahnung
Geschichte wird Gegenwart
20 Jahre sudetendeutscher Rat
Europas Weg nach Potsdam
65,5 Prozent für die Vertriebenen
Zweierlei Maß für die Familienzusammenführung
Gedenken für Edith Stein

* *

*

R U M Ä N I E N

Nach der Rede Ceausescus in Bukarest

sp - Die mit Spannung erwartete Rede des rumänischen Parteichefs Ceausescu vor der Nationalversammlung in Bukarest enthält einige auch für die Bundesrepublik Deutschland sehr interessante Passagen. Abgesehen davon, daß Ceausescu erneut den Willen Rumäniens bekräftigte, eine möglichst eigenständige Politik zu entwickeln, hat er doch mit Nachdruck darauf verwiesen, daß dies im Rahmen "der Einheit des sozialistischen Lagers" geschehen soll. Im Prinzip befürwortete Ceausescu die Auflösung der Militärblöcke, sprach sich aber gleichzeitig auch für deren Erhaltung aus, um später in einer neuen Friedensordnung aufzugehen.

Eine besondere Rolle mißt Ceausescu bei den weltweiten Bemühungen um Entspannung und Erhaltung des Friedens den kleineren Nationen bei, die ohne ihre Eigenständigkeit in den Sog der Großen geraten würden. Mit Interesse wird man vor allem in Moskau und Washington die Bemerkung des rumänischen KP-Chefs zu den Problemen eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen registrieren. Die Argumentation Ceausescus ist fast identisch mit den Vorbehalten, die in der Bundesrepublik, in Japan, Indien und auch bei einigen skandinavischen Staaten vorgebracht wurden. Rumänien will, wie die anderen genannten Staaten, durch einen solchen Vertrag nicht in seiner technologischen Entwicklung behindert werden.

Die mit großem Beifall aufgenommene Rede des rumänischen KP-Chefs, in der auch von der Respektierung der Realitäten in Europa gesprochen wurde, ist ein Meisterwerk selbstbewußter und doch geschmeidiger Diplomatie. Ohne die Einheit des sozialistischen Lagers in Frage zu stellen, hat Ceausescu den engeren Verbündeten Rumäniens, aber auch allen übrigen Staaten in der Welt, zu verstehen gegeben, daß die rumänische KP sehr aktiv an der Überwindung der Spaltung Europas und der Vorbereitung einer neuen Friedensordnung mitwirken will.

Wenn Bundesaußenminister Willy Brandt demnächst nach Bukarest kommt, wird er einen Gesprächspartner finden, der bei Erörterung aller politischen Probleme sehr realistisch von den Gegebenheiten ausgeht, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa entwickelt haben, der aber gleichzeitig auch einen offenen Blick in die Zukunft bewahrt hat.

"... wenn auch meine Partei andere Züge bekommt!"

Ein Wort des Seniors der deutschen Parlamentarier

HB-cr. - Glückwünsche aus allen Teilen der Bundesrepublik, vor allem natürlich aus dem deutschen Südwesten, wo er seit einem Menschenalter zu den führenden Köpfen der Sozialdemokratie gehört, hat der langjährige Stuttgarter Landtagspräsident, Staatsminister a.D. Wilhelm Keil, erhalten, der am Montag in Ludwigsburg bei Stuttgart sein 97. Lebensjahr vollenden konnte. Der Senior der deutschen Parlamentarier, der sein erstes Landtagsmandat um die Jahrhundertwende für die SPD eroberte, nimmt immer noch an dem Geschehen in der SPD lebhaften Anteil und von Zeit zu Zeit meldet er sich auch noch in südwestdeutschen Zeitungen zu Wort.

Nicht vergessen ist vor allem das, was Wilhelm Keil vor zwei Jahren anlässlich einer Feier zu seinem 95. Geburtstag, jenen Freunden und Gegnern ins Stammbuch schrieb, die der Meinung sind, die älteste deutsche Partei hätte sich dem Wandel der Zeit nicht anpassen sollen.

Wilhelm Keil sagte am 24. Juli 1965:

"Meine Partei - mein Schicksal - hat mich mein Leben hindurch den Weg der Demokratie geführt, den ich in allen Stürmen und Gewittern nicht wieder verlassen habe. Stolz bin ich auf die großen Leistungen der Partei im Verlaufe eines Jahrhunderts. Sie hat im Kampf mit den alten Gewalten das Fundament gelegt, auf dem wir heute stehen... Sie war jederzeit die Triebkraft des politischen und sozialen Aufstiegs unseres Volkes... Welche Umwälzungen seit 70 Jahren, als ich ins politische Getriebe geriet: Die Welt hat ein anderes Gesicht bekommen und wandelt sich in Jaruhe weiter.

- * Ist es da ein Wunder, oder ist es nicht vielmehr notwendig und
- * eigentlich selbstverständlich, wenn auch meine Partei andere Züge
- * bekommt?"

Herbert Wehner hatte die Worte dieses großen, weisen Mannes aus dem Schwabenland auf dem Dortmunder SPD-Parteitag 1966 zitiert und dabei den Wunsch und die Hoffnung ausgesprochen, "daß es uns in den Wechselfällen der politischen Ereignisse gelingen möge, selbst dann, wenn wir hart miteinander ringen müssen, einig zu werden und einig zu bleiben in dem Bemühen, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Ganzes aktions- und handlungsfähig zu halten und ihre Kraft zu vergrößern."

Neue Wege zur Hochschulreife

Hessenkollegs und Sonderklassen an Gymnasien

Beispiele für andere Bundesländer

sp - Noch vor zwei Jahrzehnten galten die herkömmlichen Typen der Gymnasien als die einzigen Wege zur Erlangung der Hochschulreife. Die gesellschaftspolitische Entwicklung aber ließ bald die Unmöglichkeit dieses schulpolitischen Zustandes erkennen. Junge Menschen, die nicht das Glück hatten, ein Gymnasium zu besuchen, sollten und sollen in ihrer Drang nach Weiterbildung und Wissen nicht gehemmt werden. So entstanden in Hessen die "Hessenkollegs", die jungen Menschen, die bereits erwerbstätig waren, die Chance gaben, sich ungelastet von der Berufsarbeit konzentriert auf die Reifeprüfung vorzubereiten.

Heute gibt es Hessenkollegs in Frankfurt, Kassel, Rüdeshain, Wiesbaden und Wetzlar, an denen bereits 685 junge Menschen ihre Reifeprüfung bestanden haben, die sie ohne diese Einrichtung des Landes Hessen zum Großteil nicht hätten ablegen können.

In den Hessenkollegs können junge Menschen nach abgeschlossener Berufsausbildung in zweieinhalb Jahren die Hochschulreife erwerben. Die besondere Chance dieses Bildungsweges liegt wie bei den Abendgymnasien darin, daß die zu Bildenden erwachsene Menschen sind, die bereits über Lebens- und Berufserfahrung verfügen und den ernstesten Willen haben, sich mit geistigen Sachverhalten auseinanderzusetzen. Bereits 1961 fand die erste Reifeprüfung an einem Hessenkolleg statt. Wie Kultusminister Professor Dr. Ernst S o h l ü t t e mitteilte, sollen die fünf Hessenkollegs zur Intensivierung ihrer Arbeit neue Gebäude erhalten. Im Großen Hessenplan ist dafür ein Betrag von 50 Millionen Mark vorgesehen.

Nach dieser Initiative des Landes Hessen haben sich auch andere Bundesländer entschlossen, nach neuen Wegen zur Hochschulreife zu suchen. Mit dem 1964 von den Ministerpräsidenten unterzeichneten "Hamburger Abkommen" wurde den Bundesländern die Möglichkeit eingeräumt, auch in der Oberstufe der Gymnasien neue Wege zur Hochschulreife zu schaffen. Die Einschränkungen des Gymnasiums auf die drei traditionellen Typen (humanistisch, neusprachlich, naturwissenschaftlich) wurde bewußt aufgegeben. Es ist nun noch mehr als bisher möglich, den Schülern die Chance zu geben, ihre Fähigkeiten außer in den Sprachen und Naturwissenschaften auch in anderen Bildungsbereichen angemessen zu entfalten. Die ersten hessischen Gymnasien haben daher bereits einen musischen Zweig in ihrer Oberstufe geschaffen. Aber auch die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften können dieser neue Bildungsbereich für speziell begabte junge Menschen sein.

Dem Ziel, neue Wege zur Hochschulreife zu erschließen, dienen auch die in Hessen geschaffenen Sonderklassen an den Gymnasien, die den Real- schülern den Übergang erleichtern. Konnten 1963 sechs Prozent der Real- schulabsolventen auf ein Gymnasium übergehen, so waren es 1966 bereits 12,1 Prozent. Alle diese Maßnahmen bezwecken, den steigenden Bedarf der modernen Gesellschaft an Abiturienten und Studenten zu decken und jedem jungen Menschen die Chance seines besten beruflichen Fortkommens zu geben.

Auch in der CSSR kämpfen Frauen um Gleichberechtigung

Tschechoslowakischer Frauenverband neu gegründet

Von Igor Valentin, Prag

In Prag ist nach einem Kongreß der tschechoslowakische Frauenverband neu gegründet worden. Die Auflösung war seinerzeit erfolgt, weil Partei und Gewerkschaften der Meinung waren, daß die Rechte der Frau in der Volksdemokratie schon verwirklicht worden sind. Beim "Zentralen Gewerkschaftsrat" bestand nach der Auflösung nur noch ein "Ausschuß tschechoslowakischer Frauen". Die Praxis hat jedoch gezeigt, daß sich führende Partei- und Gewerkschaftskreise einer Illusion hingeeben haben, wenn sie meinten, daß die Rechte der Frauen in der CSSR bereits verwirklicht worden sind. Durch die Neugründung dieses Verbandes erhalten die Frauen wieder ein Kampfinstrument, um die theoretische Gleichberechtigung in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in die Wirklichkeit umzusetzen.

Auf dem Kongreß sind fünf Hauptaufgaben als Nahziele des neuen Frauenverbandes herausgestellt worden. Der Verband soll:

Erstens: Mithelfen, um in den Betrieben Möglichkeiten für kürzere Arbeitszeiten für Frauen zu schaffen; Zweitens: Konservative Ansichten über die Entlohnung von Frauenarbeit bekämpfen und die gesetzlichen Grundsätze gleicher Entlohnung für gleiche Arbeit schützen. Drittens: Besondere Aufmerksamkeit ist der Qualifizierung der Frauen im Beruf zu widmen. Zu diesem Zweck sollen für jene Frauen, die ihren Beruf unterbrechen müssen (bei Geburten), verschiedene kurzfristige Kurse durchgeführt werden, um ihre Kenntnisse zu erweitern. Viertens: Die Ursachen ergründen, die Frauen im Beruf und in leitenden Funktionen daran hindern, so zur Geltung zu kommen, wie es ihrer Qualifikation entspricht. Fünftens: In Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Institutionen und dem Zentralrat der Gewerkschaften Probleme des Familienlebens, sowie die Kinder- und Jugenderziehung regeln und propagieren.

In der Debatte des Kongresses, (an dem 658 Delegierte und 195 Gäste teilnahmen) hatten viele der Frauen eindringlich auf die Gefahren und Schäden aufmerksam gemacht, die durch "falsche Ansichten" über die Stellung der Frau in der Gesellschaft entstanden sind, sowie durch Bestrebungen, Frauen und Mädchen aus manchen Berufen herauszudrängen. Die Gewerkschaften haben trotz dieser Bedenken bisher für die werkstätigen Frauen und Mütter manches geleistet. Vierzig Prozent aller Kinderkrippen und Kindergärten werden zur Zeit mit Geldern der Gewerkschaften gebaut. Für die Jahre 1963 bis 1970 hat der Gewerkschaftsrat rund 1,15 Milliarden Kronen für den Aufbau von Einrichtungen für die kinderarbeitenden Mütter eingeplant und freigegeben. Was nützt das alles, wenn die "konservativen Ansichten" über die Entlohnung von Frauenarbeit weiterbestehen. Nach einer gleichzeitig bekanntgewordenen Erhebung bei 21- bis 22-jährigen Frauen in drei Großstädten, in Prag, Brünn und Pilsen, bewegt sich der Verdienst der berufstätigen Frauen zwischen 500 und 1249 Kronen und erreicht somit einen monatlichen Durchschnitt von 937 Kronen. Bei gleichaltrigen jungen Männern beträgt der monatliche Durchschnittsverdienst nach der amtlichen Statistik mehr als 1200 Kronen.